

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

1934 bis 1944

Band 2

Die NS-Diktatur

Band 2/126: 17.09.1944 – 26.11.1944

17.09.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 17. September 1944 in der sowjetischen Frontzeitung "Unitschtoshim Wraga" (x028/85): >>... Die Deutschen werden die Stunde verfluchen, da sie unseren Boden betreten. Die deutschen Frauen werden die Stunde verfluchen, in der sie ihre Söhne - Wüteriche - geboren haben. Wir werden nicht schänden. Wir werden nicht verfluchen. Wir werden nicht hören. Wir werden totschiagen!<<

19.09.1944

Anti-Hitler-Koalition: Finnland schließt mit der UdSSR am 19. September 1944 einen Waffenstillstandsvertrag.

22.09.1944

Anti-Hitler-Koalition: Nach scharfer Kritik der nordamerikanischen Medien und massiven Protesten der deutsch-nordamerikanischen Bevölkerung gegen den "Morgenthau-Plan" ziehen Roosevelt und Churchill am 22. September 1944 ihre Unterschriften zurück. US-Präsident Roosevelt verhält sich danach distanzierter.

Roosevelt schreibt später in der offiziellen Vorrede des Morgenthau Buches "Germany is our problem" (x063/600): >>Ich würde den Grundlagen selber meiner Religion und meiner politischen Überzeugungen untreu werden, sollte ich je die Hoffnung – ja den Glauben! – aufgeben, daß in jedem Volke, ohne Ausnahme, ein gewisser Instinkt für Wahrheit lebe, eine gewisse Neigung zur Gerechtigkeit und ein gewisses Verlangen nach Frieden. ...

Wir erheben keine Anklage gegen die deutsche Rasse, denn wir können nicht glauben, daß Gott für alle Ewigkeit irgendeine Rasse der Menschheit verdammt habe ...<<

Der "Morgenthau-Plan" wird aber eigentlich nur aufgeschoben und nicht fallengelassen, denn wesentliche Bestandteile des Plans werden nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und z.T. sogar in verschärfter Form realisiert. Die westlichen Alliierten "verschenken" später nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmen schließlich außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben werden.

23.09.1944

Anti-Hitler-Koalition: Die Republik San Marino (1934 = 13.948 Einwohner) erklärt Deutschland am 23. September 1944 den Krieg.

25.09.1944

NS-Regime: Hitler befiehlt am 25. September 1944 per Erlaß die Bildung des Deutschen Volkssturms. Danach werden alle waffenfähigen Männer im Alter von 16-60 Jahren erfaßt und zum Waffendienst aufgerufen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Volkssturm" (x051/613-614): >>Volkssturm, durch Führererlaß vom 25.9.44 aufgestellte Truppe aus bisher nicht eingezogenen Männern zwischen 16 und 60 Jahren zur Verteidigung des "Heimatbodens".

Nach Beschwörung der deutschen Siege 1939-41 wurde für den "zweiten Großeinsatz unseres Volkes" festgelegt, daß die Gauleiter als Reichsverteidigungskommissare für die Aufstellung und Führung des Volkssturms verantwortlich seien, daß die Partei mit ihren Gliederungen jede Hilfe zu leisten habe, daß Reichsführer SS Himmler die militärische und Reichsleiter Bor-mann die politische und organisatorische Leitung übernehme.

Betroffen waren rund sechs Millionen Männer, die in drei Aufgebotsen einberufen wurden:

1. Alle bisher aus Alters- oder Gesundheitsgründen vom Waffendienst freigestellten Männer der Jahrgänge 1884-1924, Durchschnittsalter 52 Jahre;
2. aus beruflichen Gründen bisher unabkömmliche Wehrpflichtige;
3. die Jahrgänge 1925-28, die in Wehrtüchtigungslagern der HJ oder vom Reichsarbeitsdienst militärisch geschult sein sollten.

Im Übrigen machte gerade die Schulung Schwierigkeiten, weil durch den Kriegsaderlaß die Arbeitszeit der meisten für den Volkssturm vorgesehenen Männer auf über 70 Wochenstunden gestiegen war und weil es an Waffen und mehr noch an Munition fehlte.

Dieser Mangel ließ sich nicht mehr überwinden, so daß der Kampfwert der Volkssturm-Einheiten auch bei persönlicher Tapferkeit meist minimal blieb. Sie kämpften mit Beutewaffen und einem eigens entwickelten materialsparenden "Volksgewehr", mit Panzerfaust - und v.a. mit Hacke und Spaten: Panzersperrenbau, Schanzarbeiten an der Front, Errichtung von Notunterkünften.

Doch hatten die Männer des Volkssturms Kombattantenstatus und teilten bei Gefangennahme das Schicksal der regulären Soldaten oder erlitten gar Schlimmeres, weil sie nicht selten mit ihren feldgrau umgefärbten Parteiuniformen und der Armbinde: "Deutsche Volkssturm-Wehrmacht" für Partisanen gehalten wurden.

Vor allem im Osten waren die Verluste groß: Meist in unmittelbarer Heimatgegend eingesetzt, verteidigten sich viele Volkssturm-Einheiten mit dem Mut der Verzweiflung gegen die Rote Armee. Im Westen dagegen fehlte die panische Angst vor dem Gegner.

Insgesamt erwies sich der Einsatz des Volkssturms als zwecklos und unverantwortlich. Das letzte Aufgebot des geschlagenen nationalsozialistischen Reiches verblutete: Zehntausende fielen, 175.000 wurden nach dem Krieg in den Vermissenkarteien geführt.<<

28.09.1944

Protektorat Böhmen und Mähren (CSR): Das NS-Regime löst am 28. September 1944 das KZ Theresienstadt auf und deportiert 18.404 Juden nach Auschwitz-Birkenau. Nur etwa 2.000 jüdische Häftlinge überleben diese "Umsiedlung".

29.09.1944

Anti-Hitler-Koalition: US-Außenminister Hull schreibt am 29. September 1944 in einem Memorandum für den nordamerikanischen Präsidenten (x028/231): >>... Es ist von höchster Bedeutung, daß der Lebensstandard der Deutschen in den ersten Jahren ihnen klarmacht, daß sie den Krieg verloren haben.<<

01.10.1944

Polen: Während einer Häftlingsrevolte in Auschwitz sprengen Häftlinge am 1. Oktober 1944 ein Krematorium.

02.10.1944

Polen: Nach 4 Wochen schlagen die deutschen Truppen am 2. Oktober 1944 den polnischen Aufstand (1.08.-2.10.1944) mit gnadenloser Härte nieder.

Die antikommunistische "AK-Heimatarmee" (Führung: General Graf Bor-Komorowski) kapituliert und gerät in deutsche Kriegsgefangenschaft. Im Verlauf der wochenlangen Straßen- und Häuserkämpfe fallen 16.000 polnische AK-Angehörige. 6.000 AK-Angehörige werden verwundet. Etwa 166.000 polnische Zivilisten kommen vermutlich durch Kriegseinwirkungen, Hunger, Seuchen und Massenerschießungen um.

Die deutschen Verluste betragen etwa 2.000 Gefallene und 9.000 Verwundete.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Warschauer Aufstand" (x051/620-621): >>Warschauer Aufstand, Aufstand der im Untergrund operierenden nationalpolnischen "Armee im Lande" ("Armia Krajowa" = AK) unter Oberbefehlshaber Graf T. Komorowski (Deckname "Bor" = Wald) gegen die deutsche Besatzungsmacht vom 1.8.-2.10.44.

Die Erhebung (Deckname "Burza" = Gewitter) war zwar allgemein mit der Londoner Exilregierung abgesprochen, wurde jedoch von der Untergrundführung selbständig ausgelöst. Der Einsatz von zunächst 14.000 und am Ende 36.000 völlig unzureichend bewaffneten Männern und Frauen hatte das Ziel, Warschau von den zurückweichenden deutschen Truppen vor dem Eintreffen der Roten Armee, die am 22.6.44 am Mittelabschnitt der Ostfront durchgebrochen war, zu befreien. Man wollte zudem eine eigene Regierungsbehörde der Londoner Exilregierung etablieren, ehe sich Stalins polnische Satelliten, das sogenannte Lubliner Komitee und die "Berling-Armee", in der Hauptstadt festsetzen könnten.

Beide Ziele scheiterten am Eingreifen der deutschen 9. Armee unter dem General der Waffen-SS Bach-Zelewski sowie von SS- und Polizeieinheiten und der deutschen Luftwaffe.

Nach anfänglichen Erfolgen gelang es nicht, den Warschauer Flugplatz und die Weichselbrücken zu besetzen; schon am 4.8. waren die polnischen Verbände in den einzelnen Stadtteilen zersplittert. Während die Rote Armee zwar am 14.9. die Vorstadt Praga rechts der Weichsel besetzte und ein Bataillon der "Berling-Armee" südlich der Stadt über die Weichsel setzen ließ, im Übrigen aber Gewehr bei Fuß am Strom verharrte, mußte die Untergrundarmee kapitulieren.

Auf Intervention der Wehrmacht, des Auswärtigen Amtes und des Generalgouverneurs H. Frank, der damit verspätet gegen die SS einen "neuen Besatzungskurs" einleiten wollte, wurde den Gefangenen der Kombattantenstatus zuerkannt.

Die Verluste beim Warschauer Aufstand betragen auf deutscher Seite 2.000 Gefallene und 9.000 Verwundete, auf polnischer Seite 16.000 Gefallene und 6.000 Verwundete; etwa 166.000 polnische Zivilisten sollen getötet und 60.000-80.000 in deutsche KZ und Rüstungsbetriebe verschleppt worden sein.

Warschau wurde auf Befehl Hitlers evakuiert und unter Zerstörung unersetzlicher Kunstschatze, soweit es die knappe Zeit bis zum sowjetischen Einmarsch noch zuließ, dem Erdboden gleichgemacht.

Tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten bestehen bis heute zwischen westlichen und östlichen Historikern über die Gründe für Stalins passives Verhalten: Die sowjetische Seite begründet ihr Vorgehen mit unzureichenden Absprachen seitens der polnischen Untergrundarmee, der ungünstigen Dislozierung (räumliche Verteilung) ihrer Truppen und ihren operativen Planungen; im übrigen kann sie für sich geltend machen, daß die Deutschen durch einen Gegenstoß den sowjetischen Vormarsch am 3.8. südöstlich Warschau vorübergehend zum Halten gebracht hatten.

Demgegenüber erhärten die Tatsache, daß Stalin nach Aufdeckung der Massaker von Katyn am 13.4.43 die Beziehungen zur Londoner Exilregierung abgebrochen hatte und seit Sommer 44 im Blick auf die politische Zukunft Polens nur noch auf das Lubliner Komitee setzte, sowie seine strikte Weigerung, den Westalliierten Landrechte auf sowjetischen Flugplätzen für Versorgungs- und Entlastungsflüge für den Warschauer Aufstand einzuräumen, die westliche Vermutung, daß ihm ein Verbluten der nationalpolnisch-antikommunistischen Kräfte im Interesse einer Sowjetisierung Ostmitteleuropas nicht unwillkommen gewesen sei.<<

05.10.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 5. Oktober 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/183): >>... Sie (die Deutschen) machten auch keinen Versuch, ihre Taten in

Polen zu tarnen, wo sie "Vernichtungslager" in Maidanek, Sobibor, Bolzyce und Treblinka errichteten und Millionen – ich wiederhole Millionen wehrloser Menschen abschlachteten. ... Wenn die Deutschen Millionen von Juden töteten, so ist die Tatsache, daß diese Juden waren, nur für den "Rassisten" von Wichtigkeit, daß diese Opfer menschliche Wesen waren. ... Hunderttausende (von Deutschen) sind schuldig an Verbrechen und Millionen der Komplizenschaft.<<

Südlich von Schaulen eröffnet die sowjetische Artillerie am 5. Oktober 1944 ein stundenlanges Trommelfeuer gegen die deutschen Stellungen in Ostpreußen. Nachdem man die Front "sturmareif" geschossen hat, brechen sowjetische Panzer- und Infanterietruppen durch die Abwehrlinien und stoßen in Richtung Memel und Tilsit vor.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die ersten sowjetischen Vorstöße nach Ostpreußen (x001/13E-16E): >>... **Die ersten sowjetischen Vorstöße nach Ostpreußen und die Flucht eines Teiles der ostpreußischen Bevölkerung im Herbst 1944**

Im Verlauf der russischen Anstrengungen zur Einschließung der im Baltikum von der Memel bis zum Peipus-See stehenden deutschen Heeresgruppe Nord kam es Anfang Oktober 1944 zum ersten sowjetischen Vorstoß in das Memelland. Am 5. Oktober 1944 begannen aus der Gegend südlich von Schaulen russische Angriffe in Richtung Memel und Tilsit. Am 10. Oktober wurde die Stadt Memel eingeschlossen und mit dem sowjetischen Durchbruch zur Ostsee zwischen Memel und Libau die Heeresgruppe Nord von ihrer Landverbindung zum Reich abgeschnitten. Die ganze nördliche Hälfte des Memellandes war verloren gegangen, während gegenüber Tilsit ein ausgedehnter Brückenkopf jenseits der Memel von deutschen Truppen gehalten werden konnte.

Schon wenige Tage später, am 16. Oktober, begann entlang der ca. 140 km breiten Front längs der östlichen Grenze Ostpreußens ein massiver russischer Angriff, der ins Innere Ostpreußens zielte. Zwischen Ebenrode und der Rominter Heide gelang den Russen am 19. Oktober ein tiefer Einbruch, und am 22. Oktober waren sie südlich Gumbinnen bis an die Angerapp vorgedrungen und bedrohten die Stadt Gumbinnen. Am 23. Oktober fielen Ebenrode im Nordabschnitt und Goldap im Südabschnitt des russischen Einbruchs in die Hände der Sowjettruppen. Auch der Südteil des Memellandes mußte aufgegeben und die deutschen Truppen mußten hinter die Memel zurückgenommen werden. Ein weiteres Vordringen nach Ostpreußen gelang der Roten Armee vorerst jedoch nicht.

Deutsche Gegenangriffe vernichteten Ende Oktober/Anfang November durch Flankenangriffe die sowjetische Angriffsspitze, drängten die Russen von der Angerapp nach Osten zurück und befreiten Goldap am 5. November, ohne jedoch verhindern zu können, daß ein Teil der ostpreußischen Kreise Schloßberg, Gumbinnen, Goldap, der gesamte Kreis Ebenrode und das Memelland in russischer Hand blieben.

Es war ein Glück, daß trotz des Zögerns der für die Räumung verantwortlichen Parteistellen der größte Teil der Bevölkerung aus diesen Kreisen gerade noch rechtzeitig herauskam. Am wenigsten gelang dies im Memelland.

Erst zwei Tage nach Beginn des sowjetischen Angriffs vom 5. Oktober wurde für die memelländischen Kreise der Räumungsbefehl gegeben. Teile der Bevölkerung befanden sich bereits auf der Flucht, andere gingen nichtsahnend ihrer Arbeit nach. Nachdem die Russen südlich der Stadt Memel zum Haff vorgestoßen waren, war eine Flucht der Bevölkerung aus dem nördlichen Teil des Kreises Memel auf dem Landweg unmöglich geworden. Nur diejenigen, die sich in die Stadt Memel begeben hatten, konnten während der Zeit der Einschließung Memels (Oktober 1944 bis Januar 1945 auf die Kurische Nehrung entrinnen.

Die Bevölkerung der weiter südlich gelegenen Gebiete des Memellandes strömte teilweise entlang der Haffküste nach der Windenburger Halbinsel, von wo aus mehrere Tausende nach

der Kurischen Nehrung und nach dem Kreis Elchniederung übersetzt wurden. Andere versuchten in Richtung Tilsit über die Memel zu kommen. Aber auch dabei wurden noch zahlreiche Flüchtlinge von den russischen Truppen erfaßt. Mindestens 30.000 Menschen, das ist knapp ein Viertel der Bevölkerung des Memellandes, darunter sowohl deutsch als auch litauisch Sprechende, sind entweder nicht geflohen oder bei der Flucht in russische Hände gefallen.

Nicht nur im Memelland, auch bei dem russischen Vorstoß an die Angerapp versagte der Reichsverteidigungskommissar, dem die Räumung oblag. Als der Befehlshaber der 4. Armee, General Hoßbach, erkannte, daß ein russischer Angriff bevorstand, beantragte er die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus den östlichen Kreisen, jedoch ohne Erfolg. Erst mehrere Tage nach dem Beginn des russischen Angriffs, nachdem ein Teil der östlichen Kreise bereits in russischen Händen war, kamen die Räumungsbefehle. Inzwischen war durch Zusammenarbeit der Militärbefehlshaber mit dem Regierungspräsidenten des Regierungsbezirkes Gumbinnen aus eigener Initiative und gegen den Willen des Gauleiters die Evakuierung der Zivilbevölkerung veranlaßt worden.

Dort, wo dies nicht rechtzeitig oder nicht vollständig gelang, zeigte sich in aller Deutlichkeit, was die deutsche Bevölkerung von den russischen Truppen zu erwarten hatte. Am 20. Oktober fuhren südlich von Gumbinnen russische Panzerspitzen bei Großwaltersdorf an der Rominte und bei Nemmersdorf an der Angerapp in Flüchtlingstrecks hinein, und es kam dabei zu furchtbaren Gewalttaten. Diese Vorfälle erhielten dadurch noch eine besondere Bedeutung, daß sie nach der Rückeroberung dieser Gebiete in aller Form bekanntgemacht wurden, was erheblich dazu beitrug, in der Bevölkerung den Schrecken vor der Roten Armee zu verbreiten und sie zur Flucht anzuspornen.

Der russische Vorstoß bis an die Angerapp trieb fast die gesamte Bevölkerung des Regierungsbezirks Gumbinnen auf die Flucht. Besonders Stadt und Kreis Insterburg standen im Zentrum dieser Fluchtbewegung. Nicht nur aus den in russischer Hand befindlichen Gebieten, sondern auch aus den Kreisen Lyck, Treuburg, Angerburg, Angerapp, Insterburg, Tilsit-Ragnit und Elchniederung retteten sich große Teile der Bevölkerung nach Westen.

Nachdem sich die Lage Ende Oktober gefestigt und der russische Einbruch eingedämmt war, zog auch die Gauleitung die Konsequenz aus begangenen Fehlern und ordnete auf Drängen der Militärs und der zivilen Verwaltungsbehörden an, daß ein etwa 30 km breiter Streifen hinter der Front von der Zivilbevölkerung geräumt werden müsse. Die Räumungsgrenze verlief von Norden nach Süden etwa längs der Linie Elchwerder am Kurischen Haff – Kreuzingen – Insterburg – Angerburg - Lyck.

Das Evakuierungsgebiet umfaßte mit Ausnahme des östlichen Teiles des Kreises Insterburg und Angerapp das gesamte Gebiet des Regierungsbezirkes Gumbinnen sowie die östliche Hälfte des zum Regierungsbezirk Allenstein gehörigen Kreises Lyck, das ist ca. 30 Prozent der Fläche der Provinz Ostpreußen. Über 600.000 Menschen, die in diesem Gebiet wohnten, d.h. ca. 25 Prozent der ostpreußischen Bevölkerung, mußten somit bereits im Oktober 1944 die Heimat verlassen.

Von ihnen wurde die Mehrzahl der städtischen und der sonstigen nichtbäuerlichen Bevölkerung, ferner Frauen mit kleinen Kindern, Alte und Kranke nach Sachsen, Thüringen und Pommern verbracht, während die mit Fuhrwerken und Vieh unterwegs befindliche ländliche Bevölkerung in den weiter westlich gelegenen Kreisen Ostpreußens aufgenommen wurde. Zu diesem Zweck war für jeden der geräumten Kreise je ein bestimmter Aufnahmekreis festgelegt, der außer der Bevölkerung und den Verwaltungsbehörden auch das Vieh und die Sachgüter aus den geräumten Kreisen aufzunehmen hatte.

Da die Unterbringungsmöglichkeiten in den Aufnahmekreisen nicht ausreichten, ging man jedoch bald dazu über, größere Teile der Bevölkerung aus Ostpreußen heraus ins Innere des

Reiches zu transportieren. Sehr viele begaben sich auch freiwillig zu Verwandten ins Reich. Überhaupt riefen die Ereignisse im Oktober 1944 in der ostpreußischen Bevölkerung ein starkes Gefühl des Bedrohtseins hervor, wie es die anderen östlichen Gebiete des Reiches zu diesem Zeitpunkt noch nicht kannten.

Dies führte dazu, daß neben der Evakuierung aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen auch in anderen ostpreußischen Gebieten allmählich eine stille Abwanderung einsetzte, gegen: die auch alle Drohungen der Gauleitung nichts ausrichten konnten. Zusammen mit einem großen Teil der Flüchtlinge aus der evakuierten Zone im Ostteil der Provinz verließen auch Zehntausende aus den Regierungsbezirken Königsberg und Allenstein das gefährdete Ostpreußen, insbesondere der größte Teil der Bombenevakuirten aus Berlin und Westdeutschland, daneben aber auch Frauen und Kinder sowie viele Personen, die zur Ausübung ihres Berufes nicht an Ostpreußen gebunden waren.

Während sich im März 1944 noch 2.346.000 Menschen in Ostpreußen befanden, lebten am Ende des Jahres 1944 nur noch 1.754.000 Personen in dem noch in deutscher Hand befindlichen ostpreußischen Gebiet. Etwa eine halbe Million Menschen hatte unter dem Druck der Roten Armee bereits vor der russischen Großoffensive vom Januar 1945 Ostpreußen verlassen und war nach weiter westlich gelegenen Provinzen des Reiches abgewandert, und ca. 100.000 Menschen waren im Memelland und im Regierungsbezirk Gumbinnen in die Hände der sowjetischen Truppen gefallen.

Soweit sich die aus Ostpreußen Geflohenen in Pommern und Ostbrandenburg befanden, gerieten sie jedoch noch einmal in den Strudel der Ereignisse hinein, die sich mit dem russischen Vormarsch und der russisch-polnischen Verwaltung für die deutsche Zivilbevölkerung der Gebiete jenseits von Oder und Neiße ergeben sollten.<<

Die Rote Armee tritt am 5. Oktober 1944 in Ungarn zum Angriff auf die Theißebene an.

09.10.1944

Anti-Hitler-Koalition: Die USA, Großbritannien, UdSSR und China beschließen während der Konferenz von Dumbarton Oaks (in der Nähe von Washington) am 9. Oktober 1944 die Gründung der "Vereinten Nationen" (Ersatz für den gescheiterten Völkerbund).

13.10.1944

Anti-Hitler-Koalition: Churchill und Eden üben vom 13. bis zum 15. Oktober 1944 massiven Druck gegenüber Mikolajczyk (polnischer Exilministerpräsident) aus, um die sog. Curzon-Linie durchzusetzen (x028/67-69): >>(Churchill): "Ich muß im Namen der britischen Regierung erklären, daß die Opfer, die die Sowjetunion im Laufe des Krieges gebracht hat, und ihre Bemühungen um die Befreiung Polens ihr in unseren Augen Anspruch auf eine Grenze entlang der Curzon-Linie geben." ...

(Polen erhält dafür) "Territorien im Norden und im Westen, in Ostpreußen und in Schlesien, einschließlich einer günstigen Küste, eines ausgezeichneten Hafens in Danzig und wertvoller Rohstoffe in Schlesien. Es wird ein großes Land sein, nicht dasselbe, das in Versailles umrissen wurde, aber es wird eine echte solide Struktur bilden, in der die polnische Nation leben und sich in Sicherheit, Wohlstand und Freiheit entwickeln kann." ...

Mikolajczyk: "Ich weiß, daß unser Schicksal in Teheran besiegelt wurde."

Churchill: "In Teheran wurde es gerettet."

Mikolajczyk: "Ich bin kein Mensch, dem jedes patriotische Gefühl abgeht und der halb Polen verschenken würde." ...

Churchill: "Falls Sie die Grenze (Curzon-Linie) nicht akzeptieren, scheiden Sie für alle Zeiten aus dem Spiel aus. Die Russen werden durch Ihr Land stürmen, und Ihr Volk wird liquidiert werden. Sie stehen am Abgrund der völligen Vernichtung." ...

Mikolajczyk: "Alles verlieren wir."

Churchill: "Die Pripet-Sümpfe und 5 Millionen Einwohner. Die Ukrainer gehören nicht zu

ihrem Volk." ...

Mikolajczyk: "Wir verlieren alle Autorität in Polen, wenn wir die Curzon-Linie anerkennen, und außerdem ist nichts darüber gesagt, was wir von den Deutschen bekommen könnten." ...

Churchill: "Wenn wir in diesem Augenblick bekanntgeben, was wir den Deutschen im Osten nehmen wollen, würde die deutsche Wut entfesselt, und das würde viele Menschenleben kosten." ...

Mikolajczyk: "Die polnische Regierung kann nicht über den Verlust fast der Hälfte polnischen Territoriums im Osten bestimmen, ohne die Meinung des polnischen Volkes einzuholen, die für die Regierung entscheidend ist."

Churchill: "Sie sind keine Regierung, wenn Sie nicht imstande sind, eine Entscheidung zu treffen. Sie sind abgebrühte Leute, die Europa zerstören möchten. Ich werde Sie ihren Skrupeln überlassen. Sie haben kein Verantwortungsgefühl, wenn Sie Ihr Volk daheim im Stich lassen wollen, gegen dessen Leiden Sie gefühllos sind.

Sie kümmern sich nicht um die Zukunft Europas, Sie haben nur Ihre eigenen kümmerlichen, selbstsüchtigen Interessen im Sinn. Ich werde mich an die anderen Polen wenden müssen, und diese Lubliner Regierung (Kommunisten) wird vielleicht sehr gut arbeiten. Sie wird die Regierung sein.

Sie machen den kriminellen Versuch, durch Ihr "liberum veto" das Einverständnis unter den Verbündeten zu stören. Das ist Feigheit von Ihnen."<<

Mikolajczyk lehnt es jedoch trotz aller Drohungen weiterhin ab, die vorgeschlagene polnisch-sowjetische Ostgrenze (Curzon-Linie) zu akzeptieren.

14.10.1944

Anti-Hitler-Koalition: Die "Londoner Illustrated News" veröffentlicht am 14. Oktober 1944 eine Photoreportage über das NS-Vernichtungslager Majdanek (x116/38).

15.10.1944

Ungarn: Reichsverweser von Horthy verkündet am 15. Oktober 1944 in einer Rundfunksendung den Waffenstillstand mit der UdSSR und den westlichen Alliierten. Die rechtsradikale Pfeilkreuzler-Partei führt danach einen Staatsstreich durch, der von SS-Spezialeinheiten gelenkt wird. Von Horthy wird zur Abdankung gezwungen und in Oberbayern interniert.

Obgleich einige ungarische Einheiten zur Roten Armee überlaufen, kämpft die Mehrheit der ungarischen Armee bis zum Schluß gegen die Sowjets.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Pfeilkreuzler" (x051/-442): >>Pfeilkreuzler, ungarische faschistische Partei (auch "Nationalsozialistische Partei" Ungarns), benannt nach ihrem Partei-Emblem.

Gegründet wurde die Pfeilkreuzler-Partei im Oktober 37 von Szálasi durch Zusammenschluß von drei kleineren faschistischen Parteien mit der von ihm geführten und 1935 entstandenen "Partei des nationalen Willens" (auch "Hungaristenbewegung"); materiell wurde die Pfeilkreuzler-Partei von Deutschland unterstützt. Als radikal-nationalistische und großungarisch-revisionistische Bewegung sprach die Pfeilkreuzler-Partei mit ihrem sozialrevolutionären und antisemitischen Programm v.a. das sogenannte "Lumpenproletariat" und das Kleinbürgertum an, während sie sonst in Ungarn völlig isoliert war.

Nach der Verhaftung des Reichsverwesers Horthy am 16.10.44 setzte die deutsche Besatzungsmacht Szálasi als Ministerpräsident einer faschistischen Regierung und als "Staatsführer" ein. Als deutsche Marionette wurde er in dem noch nicht von sowjetischen Truppen besetzten Ungarn zum Werkzeug der Judenvernichtung und einer blutigen Unterdrückungspolitik.

Szálasi und die anderen Führer der Pfeilkreuzler wurden von den Amerikanern nach ihrer Verhaftung in Österreich der ungarischen Nachkriegsregierung ausgeliefert und 1946 nach Verurteilung durch ein Volksgericht fast alle gehenkt.<<

19.10.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 19. Oktober 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/236-237): >>Sie (die Fremdarbeiter) machen sich keine Kopfschmerzen darüber, was mit den Deutschen geschehen muß, ob man ihnen die Reste von Moral beibringen oder sie mit Haferbrei füttern sollte.

Nein. Dieses junge Europa weiß seit langem, daß die besten Deutschen die toten Deutschen sind. ...

Das Problem, das die Russen und Polen vermutlich zu lösen suchen, ist die Entscheidung, ob es besser ist, die Deutschen mit Äxten oder Knüppeln zu erschlagen. Sie sind nicht interessiert an einer Reform der Einwohner. ...

Sie sind interessiert daran, ihre Zahlen zu vermindern. ... Und es ist meine bescheidene Meinung, daß die Russen und Polen recht haben.<<

20.10.1944

Ostkrieg: Die sowjetische Frontzeitung "BOEVAJA TREVOGA" fordert am 20. Oktober 1944 zur Rache auf (x046/282): >>Erzittere Deutschland! ... Erzittere verfluchtes Deutschland! Wir werden Dich mit Feuer und Schwert durchziehen und in Deinem Herzen den letzten Deutschen, der russischen Boden betreten hatte, erstechen. ...<<

Bei Großwaltersdorf an der Rominte und in Nemmersdorf (Kreis Angerapp) schießen sowjetische Panzertruppen am 20. Oktober 1944 mehrere ostpreußische Flüchtlingstrecks zusammen und überrollen sie anschließend.

Nemmersdorf wird am 20. Oktober 1944 von sowjetischen Einheiten der 11. Gardearmee (Generaloberst Galizki) besetzt. Die Sowjets verüben in Nemmersdorf unfassbare Greuelthaten. Dem ersten sowjetischen Massaker im Deutschen Reich fallen 73 wehrlose Zivilisten zum Opfer. Es handelt sich bei den Mordopfern um 72 Frauen und Kinder sowie um einen 74jährigen Mann. Alle sind Ostpreußen und stammen aus Nemmersdorf. Die Ermordeten werden nach der Rückeroberung von deutschen Truppen entdeckt (x001/8).

In Nemmersdorf ermorden die sowjetischen "Befreier" außerdem 50 französische Kriegsgefangene (x021/27).

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über das Schicksal der alliierten Kriegsgefangenen, die sich während der sowjetischen Befreiungsmission in den deutschen Ostgebieten aufhalten (x028/87): >>Viele berichteten ihre Erlebnisse in den Zeitungen für ehemalige Kriegsteilnehmer und überlieferten an die tausend Geschichten von ihrer Flucht mit deutschen Zivilisten oder von ihrer Befreiung durch die Rote Armee.

Diejenigen, die zurückgeblieben waren, berichten von den üblichen Vergewaltigungen und Plünderungen; das "Wegfegen" der Bevölkerung wurde so wahllos vorgenommen, daß die Kriegsgefangenen oft selbst zum Opfer wurden.

Mehrere hundert französische und belgische Kriegsgefangene kehrten niemals zurück; viele wurden durch Flieger- und Artillerieangriffe getötet, viele (wurden) schlechthin liquidiert, weil sie "verdächtig" waren oder für die plündernden Soldaten weder Uhr noch Ring hatten.

In manchen Fällen hielt man die Gefangenen angeblich für "Werwölfe" und schoß sie nieder: Russische Soldaten nahmen sich nicht die Zeit, den Dingen auf den Grund zu gehen, für sie war alles, was sich im Reich noch auf zwei Beinen bewegte, "der Feind", der vernichtet werden mußte. ...<<

Hitlers Vernichtungsstrategie

Angesichts der hoffnungslosen militärischen Lage mußte jedem Informierten klar sein, daß der Zusammenbruch der deutschen Ostfront nur noch eine Frage der Zeit war. Anstatt alles zu tun, um das Leben und die Gesundheit der wehrlosen Zivilbevölkerung zu bewahren, unternahmen die maßgeblichen NS-Führer schlechthin nichts für die Rettung der ihnen anvertrau-

ten Menschen. Niemand bemühte sich wirklich tatkräftig, die schutzlose Bevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Hitler, der vermutlich bereits im Jahre 1941 die Ermordung der europäischen Juden (sog. "Endlösung") angeordnet hatte und ab 1941/42 ca. 3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene aus rassenideologischen Gründen umkommen ließ, verhinderte bewußt die mögliche Rettung der Ost- und Volksdeutschen (x041/112). Falls man auch diesen Krieg verlieren würde, sollte das Deutsche Reich vollständig untergehen und vernichtet werden.

Joseph Goebbels (NS-Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda; ab Juli 1944 "Generalbevollmächtigter für den totalen Krieg") stellte bereits im März 1943 fest (x051/220):
>>... Vor allem in der Judenfrage sind wir so festgelegt, daß es für uns gar kein Entrinnen gibt.<<

Der schwermütige, unberechenbare "Führer", der infolge seiner chronischen Magenbeschwerden und psychischen Krankheiten fast ständig unter Aufputsch- und Beruhigungsmitteln stand, hatte in den letzten Kriegsmonaten jeglichen Realitätssinn verloren.

Hitler hoffte wahrscheinlich bis zum Schluß, Stalins Gewaltherrschaft vor der Weltöffentlichkeit zu enttarnen, um die Alliierten doch noch vorzeitig zu trennen. Die NS-Gauleiter sollten deshalb die Flucht der deutschen Bevölkerung verhindern oder verzögern, um sie an die aufgeputschten, zügellosen Rotarmisten auszuliefern. Hitlers "genialer Schachzug" blieb jedoch völlig wirkungslos, denn die westlichen Alliierten hielten alle deutschen Pressemeldungen (z.B. über die sowjetischen Massaker in Nemmersdorf/Ostprien im Oktober 1944) für übertriebene Lügen- und Greuelgeschichten der NS-Propaganda.

Hitler beabsichtigte, sein eigenes Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Tatsache, daß der Preis zwangsläufig das Leben, die Gesundheit und die Ehre sowie das Vermögen des deutschen Volkes war, entsprach Hitlers Vernichtungsplänen (x054/230).

Albert Speer (vielleicht der einzige persönliche Freund, den Hitler in den letzten Tagen des NS-Regimes hatte) berichtete später, daß Hitlers Pläne plötzlich willkürlich und ziellos geworden wären und zwangsläufig zu weiteren katastrophalen Folgen führen mußten. Hitler hätte bewußt versucht, das Volk mit sich untergehen zu lassen. Der verzweifelte Führer hätte keine moralischen Grenzen mehr gekannt. Für Hitler bedeutete das Ende seines eigenen Lebens gleichzeitig auch die Vernichtung des deutschen Volkes (x066/101).

Die späteren Flucht- und Befreiungskatastrophen offenbarten eindrucksvoll die Unmenschlichkeit und Verantwortungslosigkeit des NS-Terrorregimes. Im Jahre 1938 hatte das "kinderfreundliche" NS-Regime z.B. erstmalig feierlich Mutterkreuze verliehen ("dem Führer ein Kind") und gleichzeitig alle kinderlosen Ehepaare mit Strafsteuern belegt. Im Jahre 1945 wurden schließlich Hunderttausende von wehrlosen Müttern und Kindern dem tödlichen Inferno überlassen. Dieser hinterhältige Verrat an den Ost- und Volksdeutschen bewies nachhaltig, daß Hitler die Masse des Volkes nur für den Krieg und "Heldentod" benötigt hatte.

Der britische Historiker Christopher Duffy berichtet später über den heimtückischen Verrat der NS-Führung (x100/336): >>Als das Ende des Reiches nahte, wurde augenfällig, daß seine Führer für unterschiedliche "Deutschlands" gekämpft hatten. Auf der einen Seite trat die moralische Verkommenheit jener, die am tiefsten in das nationalsozialistische System verstrickt waren, unübersehbar zutage.

Solange nur ein Befehl von oben es anordnete, hatten Generalfeldmarschall Schörner und die ganze braune Bande von Gauleitern wie Greiser, Schwede-Coburg, Koch und Hanke nicht gezögert, das Leben unzähliger aufs Spiel zu setzen, nur nicht ihr eigenes, wie sich herausstellte, als es in Gefahr zu geraten drohte und sie sich eiligst absetzten.

Auf der anderen Seite stand die aufopferungsvolle Haltung von Männern wie Hoßbach, Reinhardt, von Tettau, von Saucken, von Ahlfen, Niehoff und vielen anderen, die bewiesen, daß menschliches Verantwortungsgefühl trotz allem immer noch mit soldatischer Pflichterfüllung

in Einklang zu bringen war.<<

Jugoslawien: In der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad werden die deutschen Truppen (General Schneckenburger) am 20. Oktober 1944 trotz verzweifelter Gegenwehr von sowjetischen und jugoslawischen Korps überrannt. Rd. 30.000 deutsche Soldaten geraten in die Gewalt der Tito-Partisanen und werden größtenteils in den folgenden Tagen massakriert (x130/208).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die Exekutionen in Belgrad (x130/208-209): >>Über das Schicksal der Kriegsgefangenen von Belgrad liegt eine Ungewißheit, die sich nicht völlig beseitigen läßt, weil die Augenzeugen für die Erschießung meist selbst dieser Tragödie zum Opfer gefallen sind. ...

Wie groß auch immer die Zahl der in Belgrad (Beograd) im Oktober 1944 erschossenen deutschen Kriegsgefangenen gewesen sein mag, entscheidend ist im Zusammenhang mit diesen Untersuchungen, daß auch hier wiederum ein eklatanter Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung bzw. das Genfer Kriegsgefangenenabkommen vorliegt, wonach es vor allem verboten ist, Vergeltungsmaßnahmen an Kriegsgefangenen auszuüben.

Als Vergeltungsmaßnahme muß jedoch die willkürliche Liquidierung der Belgrader Gefangenen erscheinen, da kein Gerichtsverfahren angestrengt wurde, um potentielle Kriegsverbrecher zu überführen. Nach Artikel 2 der Genfer Konvention unterstehen die Kriegsgefangenen der Gewalt der feindlichen Macht, aber nicht der Gewalt der Personen oder Truppenteile, die sie gefangengenommen haben. Die Erschießung von Kriegsgefangenen an Ort und Stelle durch die Truppe, die sie gefangengenommen hatte, ist demnach eine nach geltendem Völkerrecht verbotswidrige Handlungsweise. ...<<

Der sowjetische Einmarsch in Jugoslawien

Da Jugoslawien zu den verbündeten Ländern zählte, verlief der sowjetische Einmarsch größtenteils ohne massenhafte Ausschreitungen. In Jugoslawien verübten nur einige sowjetische Nachschubeinheiten, versprengte Nachzügler und Deserteure schwere Gewaltverbrechen.

Ab Oktober 1944 besetzten serbische Partisanen die deutsch-jugoslawischen Siedlungsgebiete. Nach dem Eintreffen der serbischen Geheimpolizei OZNA (Abt. für den "Schutz des Volkes") folgten unverzüglich Hausdurchsuchungen und Massenverhaftungen. Der Dienst bei der Waffen-SS oder die Mitgliedschaft in NS-Organisationen wirkte sich für die Volksdeutschen besonders verhängnisvoll aus. Bei diesen "Säuberungen" nahmen die Serben jedoch auch volksdeutsche Flüchtlinge aus Ungarn und Rumänien fest, obwohl sie mit dem deutsch-kroatisch-jugoslawischen Partisanenkrieg überhaupt nichts zu tun hatten.

Nach den Verhaftungsaktionen führten OZNA-Geheimpolizisten oder Angehörige des jugoslawischen Volksbefreiungsausschusses sofort "Verhöre" durch, die regelmäßig zu brutalen Prügel- und Folterorgien ausarteten. NS-Funktionäre oder "Kapitalisten" (reiche Bauern und Geschäftsinhaber) erhielten vielfach "Sonderbehandlungen".

Die Massenhinrichtungen wurden in der Regel von speziellen jugoslawischen Liquidationseinheiten durchgeführt, die seit dem 10.10.1944 zielstrebig durch die deutsch-jugoslawischen Siedlungsgebiete zogen, um deutsche "Volksverräter" und "Faschisten" zu richten. Für die Hinrichtungen wählte man Schinderplätze (dort wurde damals das verendete Vieh verscharrt), Friedhöfe oder entlegene Wälder.

Von Oktober bis November 1944 wurden mindestens 7.200 Jugoslawien-Deutsche durch Massenerschießungen umgebracht (x010/51). Am 21.11.1944 erließ der "Antifaschistische Rat der Volksbefreiung" (AVNOJ) zahlreiche Beschlüsse, mit denen man in Jugoslawien praktisch alle bisherigen und zukünftigen Gewalttaten rechtfertigen konnte.

Seit Anfang November 1944 entfernte man die Jugoslawien-Deutschen bereits aus ihren Wohnbezirken und inhaftierte sie in Gefängnissen oder sog. "Arbeitslagern". Im Dezember

1944 errichteten die Serben in Jarek das erste Konzentrationslager.

Ab Dezember 1944 erfaßte man in den deutschen Siedlungen arbeitsfähige Zivilisten, die für die "Wiederaufbauarbeit in der UdSSR" bestimmt waren. Im allgemeinen verschleppte man arbeitsfähige Frauen (im Alter von 18-40 Jahren) und Männer von 17-45 Jahren. Während die Serben Tausende von jungen Müttern in die sowjetischen Industriegebiete im Donezbecken "verschickten", achteten sie gewissenhaft darauf, keine deutschen Facharbeiter zu verlieren, denn Tito wollte den Sowjets keine "Spezialisten" überlassen.

Die Deportationen der Jugoslawien-Deutschen (ca. 30.000, davon waren 60-80 % Frauen und Mädchen) begannen am 25.12.1944 und wurden Anfang Januar 1945 beendet. Mindestens 5.683 Deportierte kamen in der UdSSR um (x006/96E,131E).

Bis März/April 1945 wurden fast alle Volksdeutschen in jugoslawische Zwangsarbeitslager getrieben und dort jahrelang interniert.

Im Jahre 1960 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Wiesbaden erstmalig die offiziellen "Nachkriegsverluste" der Jugoslawien-Deutschen. Nach langjährigen Ermittlungen meldete man 135.800 "ungeklärte Fälle" (x016/79).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über den sowjetischen Einmarsch in Jugoslawien (x006/90E-93E): >>... Anfang November 1944 zeigte die militärische Lage in Jugoslawien folgendes Bild: nach dem Fall Belgrads am 20.10.1944 stand das Gebiet nördlich der Donau und Save bis zu einer nord-südlich verlaufenden Linie von Esseg nach Brcko, wo die Front von Ende Oktober 1944 bis Anfang April 1945 stabilisiert werden konnte, unter russischer Besetzung.

Während die russischen Truppen nördlich der Drau weiter vorstießen und im Januar 1945 den Raum um Nagykanizsa unterhalb des Plattensees erreichten, blieb der Zwischenstrombereich zwischen Save und Drau westlich der Front unter der Kontrolle deutscher und kroatischer Einheiten.

Südlich der Save und Donau fiel die militärische Vorherrschaft den Partisanenbrigaden zu, die indes keineswegs stark genug waren, den Durchzug der gesamten Heeresgruppe E aufzuhalten, die sich von Griechenland über Skoplje, Sarajewo nach Norden bis Slowenien den Weg freikämpfte. Bis auf verschwindend geringe Minderheiten im Norden des "Unabhängigen Staates Kroatien" und mit Ausnahme der Deutschen in Slowenien befand sich zu diesem Zeitpunkt die in der Heimat verbliebene volksdeutsche Bevölkerung im Herrschaftsbereich der sowjetischen Truppen und Partisanen.

Im allgemeinen vollzog sich der russische Einmarsch ohne Ausschreitungen, da Jugoslawien als verbündetes und zu befreiendes Land angesehen wurde. Die Truppen ließen sich verpflegen und requirierten Wagen und Pferde. Wo es zu Vergewaltigungen kam, spielte die Nationalität der Frauen meist keine Rolle. Deutsche Frauen waren häufig erst betroffen, nachdem die russischen Soldaten von Partisanen auf sie hingewiesen worden waren.

Im Banat wurden unmittelbar nach dem Durchzug der Russen sogenannte "Ortsbefreiungsausschüsse" meistens durch die ansässigen Serben, darunter in erster Linie die "Ortspartisanen", gebildet. Die alte Verwaltung blieb oft noch einige Tage erhalten, volksdeutsche Beamte fungierten weiter in ihren Ämtern; in Groß-Betschkerek wurde sogar J. Keks bis zum 10.10.1944 als Vertreter der donauschwäbischen Bevölkerung in den Ortsbefreiungsausschuß aufgenommen. Zu dieser Zeit kam es zwar zu persönlichen Racheakten an Deutschen aus Gründen, die teils in die Vorkriegszeit zurückreichten, teils durch die Verhältnisse nach 1941 bedingt waren; in vielen Fällen schritt auch der Pöbel der Ortschaften zu Plünderungen.

Jedoch erst als neben die Herrschaft der Ortsbefreiungsausschüsse die Militärverwaltung der etwa seit dem 10.10.1944 einziehenden "regulären" Partisaneneinheiten trat, die seit Jahren aus den Bergen heraus gegen die deutsche Besatzungsmacht operiert hatten, wurden der uneingeschränkten Willkür die Tore geöffnet. Indessen hat sich auch unter diesen Umständen in

manchen Ortschaften das gute nachbarliche Verhältnis zwischen Deutschen und Andersnationalen bewährt: im Banat waren es Serben, in der Batschka Madjaren und Serben, die den Volksdeutschen solange und so oft als möglich materiell halfen oder als ihre Fürsprecher auftraten.

Ganz ähnlich wie im Banat, nur mit einer zeitlichen Phasenverschiebung, verlief die Entwicklung in der Batschka, wo zudem das serbische Element geringer vertreten war. Hier wurden die Deutschen in der zweiten Oktoberhälfte - so z.B. in Filipovo und Sombor - unmittelbar der Militärherrschaft und Gebietsverwaltung der "fremden" Partisanen unterstellt.

Erst nach diesem Zeitpunkt, nach der Übernahme auch der gesamten Verwaltung durch die Partisanengruppen, setzte die erste Welle der Verhaftungen ein. Sie erfaßte im allgemeinen besonders ausgewählte Gruppen der deutschen Bevölkerung: die Angehörigen vor allem der "Deutschen Mannschaft", der Waffen-SS, darunter vornehmlich wieder der Division "Prinz Eugen", die Vertreter volksdeutscher Organisationen, die seit dem April 1941 ernannten deutschen Bürgermeister und Verwaltungsbeamten, Männer im Alter von 17 bis 60 Jahren, oft auch deren Frauen und weibliche Angestellte der Volksgruppenorganisationen.

Die Verhafteten wurden fast immer stundenlang verhört, auf jede mögliche Weise mißhandelt und in Keller oder Gefängnisräumen zusammengepfercht, ehe sie in mehr oder weniger langen Fußmärschen in die improvisierten Lager getrieben wurden, die nun in den Bezirksorten des Banats eingerichtet wurden, z.B. in Zerne, Kubin, Pantschowa, Weißkirchen, Werschetz und Kikinda. In der nördlichen Batschka wurden diese Gruppen in Sombor, im südlichen Teil in Neusatz gesammelt. Die Gleichartigkeit dieser Vorgänge seit den letzten Oktobertagen weist auf allgemein verbindliche Anweisungen für die örtlichen Partisanenführer hin, so daß die Verhaftungen zentral gesteuert gewesen sein dürften.

Parallel zu diesen Inhaftierungen begannen die Erschießungen volksdeutscher Männer, die häufig den Charakter von Massenliquidationen annahmen. In Startschowa wurden z.B. nach einem willkürlichen Ausleseverfahren in der Nacht auf den 22.10.1944 ca. 80 Männer erschossen, ähnliches ereignete sich in Sartscha, Deutsch-Zerne und vielen Orten des Banats, sowie ebenfalls der Batschka. Eine Partisanengruppe erschoss Volksdeutsche in Hodschag; vielleicht das gleiche Liquidationskommando trieb am 25.10. in Filipovo etwa 350 volksdeutsche Männer zusammen und erschoss 240 von ihnen.

Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß es förmliche Exekutionseinheiten der Partisanen gab, die von einer donauschwäbischen Ortschaft zur anderen zogen, um dort ihre Sonderaufträge zu erfüllen. Gruppenerchießungen kamen auch auf dem Weg in die Lager und dort selbst vor, sobald die ersten Inhaftierten eingeliefert worden waren; in Werschetz, Kikinda und Groß-Betschkerek schritten die Bewachungsmannschaften mehrfach zu solchen Aktionen.

Die Motive zu diesen Massenhinrichtungen Tausender von Volksdeutschen dürften einmal in der aufgespeicherten Rachsucht zu suchen sein, die nun ohne weitere Fragen nach Schuld oder Unschuld schlechthin jeden Deutschen treffen konnte. Sodann wird das Moment der bewußten Terrorisierung eine maßgebliche Rolle gespielt haben, um die Volksdeutschen, nachdem sie durch die Verhaftungen und Erschießungen ihrer daheimgebliebenen Führungsgruppen beraubt und in Angst und Schrecken versetzt worden waren, den neuen Machthabern gefügig zu machen.

Anfang November 1944 wurde die deutsche Bevölkerung der Städte - z.B. Pantschowa, Werschetz, Groß-Betschkerek - aus ihren Wohnbezirken entfernt und auf die Lager in Nachbardörfern verteilt. Ganz gleich wo, überall galt für die Deutschen die Arbeitspflicht; Aufenthaltsbeschränkungen und Ausgehverbote engten ihre Bewegungsfreiheit ein, ein Kauf- und Verkaufsverbot wurde erlassen, oft eine Nachrichtensperre verhängt, die sogar Nachbardörfer völlig voneinander isolierte.

Die Lager in den Bezirksorten dienten gleichzeitig als Zentralarbeitslager, von denen der Einsatz an bestimmten Brennpunkten gelenkt wurde. Russen und Partisanen erhoben vielfältige Ansprüche: kriegsbedingte Transport-, Aufräumungs- und Verladearbeiten waren zu leisten, Straßen und Bahnlinien auszubessern, landwirtschaftliche Arbeiten auf den Staatsgütern auszuführen. Bei dem steten Verlangen vor allem der sowjetischen Militärstellen nach Arbeitskräften erwies sich die Einrichtung der Lager für die Partisanen als organisatorische Erleichterung.

Im Lager Sombor wurden Arbeitstrupps für Aufgaben im rückwärtigen Bereich der Front zusammengestellt, sie mußten die von den abziehenden deutschen Truppen zerstörte Bahnstrecke Kikinda - Szeged ausbessern. Die in Palanka, dann in Neusatz gesammelten Volksdeutschen aus der südlichen Batschka wurden z.T. in die Gruben von Vrdnik in der Fruska Gora geschickt, andererseits mußten Neusatz, Semlin und weitere Ersatzlager wieder den Nachschub für die Bahnarbeiten in Syrmien an der Strecke von Belgrad bis zur Front stellen, wo besonders hohe Verluste auftraten. In allen Lagern war die Zahl der Todesopfer hoch: willkürliche Erschießungen, Mißhandlungen, völlig unzureichende Nahrung und ununterbrochen schwere physische Arbeit rafften die Insassen dahin.

In Jarek entstand Anfang Dezember das erste große Konzentrationslager für arbeitsunfähige Volksdeutsche aus der südlichen Batschka, während im Banat das gleichzeitig geschaffene Lager Nakovo nach zwei Wochen wieder aufgelöst wurde - ein Zwischenspiel, das auf eine gewisse Unentschiedenheit in der Behandlung der Deutschen hinzuweisen scheint.

Es dauerte dann noch bis zum März/April 1945, ehe die allgemeine Internierung der jugoslawiendeutschen Bevölkerung dazu führte, daß sich das Leben der Deutschen fast nur noch in Lagern abspielte. Allgemein war aber schon die Atmosphäre durch die Erwartung oder Ausführung der Beschlüsse des "Antifaschistischen Rats" (AVNOJ) bestimmt, die sich mit ihrem Geschick befaßten.<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die Gewalttaten der jugoslawischen Partisanen nach dem sowjetischen Einmarsch in Jugoslawien (x010/48-50): >>Unmittelbar nach der Übernahme der Militärherrschaft durch Partisanengruppen in den deutschen Hauptsiedlungsgebieten Jugoslawiens, d.h. im Banat, in der Batschka und Baranya sowie in Syrmien seit dem 10.10.1944, setzten Massenexekutionen und schwerste Mißhandlungen, verübt an den in diesen Gebieten Verbliebenen, ein.

Die Partisanen betrachteten die deutsche Volksgruppe in ihrer Gesamtheit als einen dem Okkupanten besonders gefügig gewesenen Bevölkerungsteil Jugoslawiens, und dies um so mehr, als Zehntausende der wehrfähigen Deutschen im Kampfe gegen sie eingesetzt worden waren.

Bei den Verhaftungen wurde offensichtlich unterschiedlich vorgegangen:

Nach dem Berichtsmaterial wurden insbesondere ehemalige Angehörige der Waffen-SS, der Deutschen Mannschaft (Ortswachen), bei Volksgruppenorganisationen tätig gewesene Deutsche einschließlich Frauen, deutsche Bürgermeister und Verwaltungsbeamte, Angehörige der intellektuellen Kreise sowie die als besonders wohlhabend geltenden Bürger und Landwirte betroffen. Nach anderen Berichten fanden sich zunächst unterschiedslos alle deutschen Männer unter den Festgenommenen.

Die Verhafteten wurden unter Gewehrkolbenstößen in Gefängnisse oder verliesartige Keller Räume geschleppt, ... zu Verhören gerufen, die unter brutalsten Mißhandlungen stattfanden, sodann geschlossen oder z.T. zu einem vorher zur Exekution ausgehobenen Graben außerhalb der Gemeinden getrieben und dort erschossen. ... Aus insgesamt 117 Gemeinden der obengenannten Siedlungsgebiete sind ... Erschießungen oder andere Tötungen von Deutschen überliefert ...

Mindestens in gleichem, wenn nicht in höherem Ausmaße, fanden nach dem vorliegenden Material Massenerschießungen in den seit Oktober 1944 in diesen Gebieten zur Internierung

und für den Arbeitseinsatz der Deutschen angelegten Lagern statt ...

Zu diesen Exekutionen wurden teils nach Verhören, teils willkürlich Gruppen von Insassen herausgeholt. Erschossen wurden u.a. auch durch Krankheit und Schwäche arbeitsunfähig gewordene Deutsche. Unter dem Vorwand, sie für leichtere Arbeiten einzusetzen, waren Akademiker, Lehrer, Kaufleute veranlaßt worden, sich zu melden. Aber auch sie sind Opfer von Exekutionen geworden.

Anfang Dezember 1944 sind dann in den Gemeinden wie in den Lagern die Massenerschießungen angeblich auf sowjetischen Einspruch hin eingestellt worden ...

In Kroatien und Slawonien war vor der im April 1945 erfolgten Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete durch die Partisanen die überwiegende Mehrheit der Deutschen evakuiert worden. ... Es (kam) auch hier zunächst in den Gemeinden zu Erschießungen aufgespürter Deutscher. ...<<

Anti-Hitler-Koalition: Stalin, Churchill und Eden (sowie US-Botschafter Harriman als "Beobachter") einigen sich in Moskau (vom 9. bis zum 20. Oktober 1944) über die "vorläufige" polnische Westgrenze (x028/66-72).

Die zukünftige polnische Westgrenze soll entlang der Oder verlaufen. Bulgarien, Rumänien und die Hälfte Jugoslawiens sowie Ungarns sollen Einflußgebiete der UdSSR werden (x040/241).

Churchill berichtet später über die Festlegung der polnischen Westgrenze und die Zuordnung der südosteuropäischen Gebiete (x106/376): >>... Ich schob den Zettel (mit meinen Vorschlägen) Stalin zu. ... Eine kleine Pause trat ein. Dann ergriff er einen Bleistift, machte einen großen Haken und schob uns das Blatt wieder zu. Die ganze Sache beanspruchte nicht mehr Zeit, als sie zu schildern. ... Das Papier lag in der Mitte des Tisches:

"Könnte es nicht für äußerst zynisch gehalten werden, wenn wir den Anschein erweckten, über die für Millionen Menschen so gravierenden Schicksalsfragen aus dem Stegreif entschieden zu haben?"

Lassen Sie uns das Papier verbrennen." – "Nein, heben Sie es auf", antwortete Stalin.<<

31.10.1944

Anti-Hitler-Koalition: Der tschechische Exilpolitiker Ripka berichtet am 31. Oktober 1944 in London vor internationalen Pressekorrespondenten (x004/43): >>... Ich selbst glaube, daß die Zahl der Deutschen, die sich nicht schlecht verhalten haben und denen man ohne Befürchtungen ... die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit anerkennen kann, etwa 800.000 vielleicht 1 Million betragen wird. ...<<

Dr. Benesch erklärt am 31. Oktober 1944 in der US-Zeitschrift "Foreign Affairs" zur Problematik der sudetendeutschen Frage (x004/45): >>... daß die Fortführung der Minoritätenpolitik alten Stils nicht mehr möglich sei, wenn diese von einem imperialistischen Staat mißbraucht würde, um eine Expansion voranzutreiben.

Die Tschechoslowakei müsse daher den "Transfer" der größtmöglichen Zahl ihrer deutschen Bewohner ins Auge fassen, allerdings ohne das Heimatrecht (the right of domicile) irgend jemand zu bestreiten, der der Republik die Treue bewahrt habe.<<

Polen: Im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau finden am 31. Oktober 1944 die letzten Vergasungen statt (x033/550).

Oktober 1944

Ungarn: Der faschistische Pfeilkreuzler-Führer Ferenc Szalasi (1897-1946, ungarischer Staatschef, hingerichtet) entfesselt ab Oktober 1944 ein Terrorregime. Allein in Budapest massakrieren die Pfeilkreuzler bis zum Einzug der Roten Armee über 10.000 Juden (x042/272).

USA: Die "New York Times" fordert im Oktober 1944 drastische Entnazifizierungsmaßnahmen (x114/2.133): >>... Schuld und damit Verantwortung für Nazismus und Militarismus ha-

ben alle Deutschen.<<

Im Oktober 1944 beschuldigt US-Senator Claude Pepper den späteren nordamerikanischen Außenminister John F. Dulles (x068/226): >>... Denn es waren Dulles' Firma und die Schroeder-Bank, die Hitler das Geld beschafften, das er benötigte, um seine Laufbahn als internationaler Bandit anzutreten.<<

02.11.1944

Anti-Hitler-Koalition: Das britische Foreign Office (Sir A. Cadogan) schreibt am 2. November 1944 an den exil-polnischen Außenminister T. Romer (x039/227): >>... England unterstützt Veränderung der Westgrenze Polens, auch wenn USA sie ablehnen; England hält polnische Grenze an der Oder einschließlich Stettin für richtig.<<

03.11.1944

Anti-Hitler-Koalition: General Ingr (Befehlshaber der tschechischen Streitkräfte im Ausland) ruft am 3. November 1944 über den Londoner Rundfunk zur Rache auf (x046/278): >>... Wenn unser Tag kommt, wird die ganze Nation dem alten Kriegsruf der Hussiten folgen: Schlagt sie, tötet sie, laßt niemanden am Leben!

Jedermann sollte sich bereits jetzt nach der bestmöglichen Waffe umsehen, die die Deutschen am stärksten trifft.

Wenn keine Feuerwaffe zur Hand ist, sollte man irgendeine sonstige Waffe vorbereiten und verstecken – eine Waffe, die schneidet oder sticht oder trifft.<<

04.11.1944

Polen: Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschließt am 4. November 1944 ein Dekret über Sicherungsmaßnahmen gegenüber Volksverrätern (x003/17-18): >>... Art. 1. Polnische Staatsangehörige, welche zur Zeit der deutschen Besatzung auf dem Gebiet des sog. Generalgouvernements und der Wojewodschaft Bialystok entweder ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nationalität oder ihre deutsche Abstammung erklärten oder tatsächlich die mit der Zugehörigkeit zur deutschen Abstammung oder ... mit der deutschen Abstammung verbundenen Rechte und Privilegien genossen, werden, unabhängig von der strafrechtlichen Verantwortung, festgenommen, für unbegrenzte Zeit in einen Internierungsort (Lager) eingewiesen und der Zwangsarbeit unterworfen.

Art. 2. (1) Die Festnahme und Einweisung in einen Internierungsort ordnet der Staatsanwalt des Sonderstrafgerichts an. ...

(4) Gegen die Verfügungen des Sonderstrafgerichts gibt es kein Berufungsmittel. ...

Art. 3. Das Vermögen der in Art. 1 dieses Dekrets bezeichneten Volksverräter und ihrer in häuslicher Gemeinschaft mit ihnen lebenden Familienangehörigen unterliegt der Konfiskation zugunsten der Staatskasse ...

Art. 4. Die in Art. 1 genannten Volksverräter sowie ihre ... Familienangehörigen verlieren alle öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte sowie die Eltern- und Vormundschaftsrechte für unbegrenzte Zeit. ...

Art. 7. § 1. Wer

a) aus der Haft der Internierung flüchtet oder das Vermögen oder einen Teil davon der Konfiskation entzieht,

b) zu den in Punkt a) genannten strafbaren Handlungen anstiftet oder in Wort oder Tat Beihilfe leistet,

c) einer unter die Bestimmungen des Art. 1 dieses Dekrets fallenden Person Hilfe leistet, insbesondere dadurch, daß er sie versteckt, ernährt oder mit Personal- und anderen Ausweisen versieht, wird mit lebenslänglichem Gefängnis oder mit dem Tode bestraft.

§ 2. Das Gericht spricht außerdem den Verlust der öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte aus. ...<<

Aufgrund dieses Dekrets gelten grundsätzlich alle Deutschen (einschließlich Kinder ab dem

13. Lebensjahr), die in Volkspolen wohnen, als "Verräter der Nation", wenn sie während der deutschen Besatzungszeit die Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder zur deutschen Abstammung erklärt haben. Sämtliche deutschstämmigen Polen, die z.B. deutsche Ausweise (Volksliste 1-4) besitzen, werden generell als Volksverräter und Kollaborateure eingestuft. Das Dekret legalisiert auch die späteren Massenverhaftungen aller ansässigen Deutschen in Zentralpolen und in den westpolnischen Gebieten (x010/35).

07.11.1944

USA: Roosevelt gewinnt am 7. November 1944 zum 4. Mal die nordamerikanische Präsidentschaftswahl. Truman übernimmt den Posten des Vizepräsidenten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Franklin Delano Roosevelt (x051/500): >>Roosevelt, Franklin Delano, geboren in Hyde Park (New York) 30.1.1882, gestorben in Warm Springs (Georgia) 12.4.1945, amerikanischer Politiker; 1912 Senator in New York (Demokratische Partei), 1913-20 Unterstaatssekretär für Marine und 1919 Leiter der amerikanischen Demobilisierung in Europa nach dem Ersten Weltkrieg.

Roosevelts Karriere erhielt 1920/21 einen Knick, als er sich zunächst erfolglos um die Vizepräsidentschaft bewarb und dann durch Erkrankung an Kinderlähmung an den Rollstuhl gefesselt wurde. Bis 1928 weiter als Anwalt tätig, wurde Roosevelt im Jahr darauf zum Gouverneur von New York und Ende 32 gegen den Amtsinhaber Hoover zum 32. Präsidenten der USA gewählt. Als einzigem US-Präsidenten gelang ihm noch dreimal die Wiederwahl (1936, 1940 und 1944), so daß sich seine Amtszeit fast auf den Tag genau mit der Dauer des Dritten Reiches und so mit Hitlers Amtszeit deckte.

Wie dieser stand Roosevelt bei Regierungsantritt vor dem Problem der Überwindung der Weltwirtschaftskrise und wie diesem gelang ihm das letztlich erst durch Aufrüstungspolitik. Sie griff in den USA allerdings wesentlich später wegen der isolationistischen öffentlichen Meinung, die Roosevelt lange die Hände band.

Immerhin gelang ihm mit dem Programm des "New Deal" (Neuverteilung) ein allmählicher Kurswechsel vom totalen Wirtschaftsliberalismus zum Sozialstaat (Arbeitslosenunterstützung, Altersversorgung u.a.), der die gesellschaftlichen Widersprüche dämpfte und Roosevelts Popularität sicherte. Das ermöglichte ihm, zunehmend Front zu machen gegen die Expansionspolitik Deutschlands, Italiens und Japans und nach Kriegsbeginn England großzügig zu unterstützen (Leih- und Pachtgesetz).

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion (22.6.41) schlug sich das in der Atlantik-Charta nieder und mündete in den Kriegseintritt der USA nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor. Die Mobilisierung der ganzen amerikanischen Wirtschaftskraft entschied letztlich den Zweiten Weltkrieg zugunsten der Alliierten.

Auf Roosevelt ging dabei die auf den Konferenzen von Casablanca, Teheran und Jalta verabredete "Germany first-Strategie" zurück und die Forderung nach Bedingungsloser Kapitulation der Achsenmächte.

Roosevelt war es auch, der entgegen den Warnungen Churchills der Roten Armee Osteuropa überließ, weil er Stalin für ein Engagement gegen Japan gewinnen wollte. Daß er ihn dazu gar nicht brauchen würde, ahnte Roosevelt nicht, da er den riesigen Rüstungsvorsprung nicht mehr erlebte, den die Entwicklung der von ihm in Auftrag gegebenen Atombombe für die USA bedeutete.

Sein früher Tod, der im untergehenden Berlin noch einmal Hoffnungen auf einen Zerfall der alliierten Kriegskoalition weckte, verschob die weltpolitischen Gewichte zugunsten Stalins, wie das Potsdamer Abkommen zeigen sollte.<<

Schweiz: Ein Schweizer Kriegsberichterstatter schreibt am 7. November 1944 im Genfer "Courier" über die sowjetischen Verbrechen in Nemmersdorf/Ostprien (x039/133): >>... Die Lage wird nicht nur durch die erbitterten Kämpfe der regulären Truppen gekennzeichnet,

sondern leider auch durch Verstümmelung und Hinrichtung der Gefangenen und die fast vollständige Ausrottung der bäuerlichen Bevölkerung. ...<<

10.11.1944

Anti-Hitler-Koalition: In Paris fordert de Gaulle am 10. November 1944 die britischen Verbündeten auf, Frankreich an der Besetzung des Deutschen Reiches zu beteiligen.

11.11.1944

Ostkrieg: Generaloberst Guderian verlangt am 11. November 1944 erneut die Zurücknahme der Heeresgruppe Nord.

Der Führer lehnt den Durchbruch der Heeresgruppe Nord nach Ostpreußen jedoch weiterhin ab (x027/17): >>Nein!<<

Weitere Anträge Guderians vom 18.11., 20.11., 23.11., 26.11., 28.11. und 5.12.1944 lehnt Hitler ebenfalls ab (x027/17): >>Nein! Kommt nicht in Frage, der deutsche Soldat gibt freiwillig keinen Meter Boden auf, nein kommt nicht in Frage! ...<<

USA: Nach dem Pressebericht im Januar 1933 erinnert die "New York Times" am 11. November 1944 nochmals an den Dulles-Besuch in Köln und das brisante Geheimgespräch im Kölner Bankhaus Schroeder im Januar 1933.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Unterstützung des NS-Regimes durch US-Banken (x068/226-227): >>Schon im Oktober 1944 hatte US-Senator Claude Pepper, Florida, geäußert, zu jenen, die Hitler zur Macht verhalfen, habe auch John Foster Dulles gehört, "denn es waren Dulles' Firma und die Schroeder-Bank, die Hitler das Geld beschafften, das er benötigte, um seine Laufbahn als internationaler Bandit anzutreten".

Erstaunt es, daß ausgerechnet John Foster Dulles sich derart engagierte, der nachmalige US-Außenminister und Adenauer-Freund?

Doch war damals, 1932/33, nicht auch Adenauer selbst dafür eingetreten, daß die Hitlerpartei "unbedingt führend an der Regierung vertreten" sein müsse?

Er war.

Und agitierte dafür nicht mit aller Kraft auch Adenauers Glaubens- und Parteigenosse Franz von Papen, der baldige Stellvertreter Hitlers und Päpstliche Kammerherr?

Er agitierte.

Und Papen kannte natürlich auch den Bankier und Parteigenossen Baron Schroeder, der seinerseits wieder nicht nur mit Hitlers Wirtschaftsberater Keppler in ständiger Verbindung stand, sondern zugleich auch mit einem amerikanischen Banken-Konzern, den John Foster Dulles juristisch beriet. Nach US-Presseberichten nahm Dulles auch an jener, so Papen später, "nun geschichtlich gewordenen Unterredung" im Hause von Schroeder teil, bei der, wie man annehmen darf, Papen Hitler die Unterstützung des Papstes zugesichert hat.

Die New York Times berichtet im Januar 1933 über den Dulles-Besuch in Köln und erinnert noch einmal am 11. November 1944 daran. Beide Artikel sollen aber aus den amerikanischen Bibliotheken verschwunden sein. Auch der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, William E. Dodd, notiert in seinem Tagebuch, daß die von Dulles vertretenen Banken schon Ende 1933 Deutschland Anleihen im Wert von einer Milliarde Dollar gewährt hatten.

Auf diese Zusammenhänge machte ich in mehreren Artikeln aufmerksam. Dazu schrieb mir ein junger Politologe:

"Meine eigenen Nachforschungen geben Ihnen Recht. Ich schreibe gegenwärtig eine Dissertation über das Thema eines Weltbürgerkrieges von 1939-45, der mit einer neuen Siegeridentität für die Deutschen endete. Seit 1945 gibt es im Westen Deutschlands befreite Demokraten, im Osten befreite Sozialisten.

Aber wo bleiben die besiegten Deutschen?

In der Erforschung der Großlage stieß ich auf die obige Stelle in Ihrem Artikel. Das bringt

mich zur eigentlichen Frage an Sie:

Ist es möglich, von Ihnen eine unzensurierte Fotokopie oder das genaue Datum und Titel der NYT Artikel im Januar 1933, sowie die Überschrift des Artikels vom 11. November 1944 zu erhalten?

Die NYT aus diesen Jahren ist bei den mir zur Verfügung stehenden Quellen auf Mikrofilm gespeichert. An der Universität von Kalifornien in Los Angeles faßte ich die Kopien aus. Erstaunlicherweise, die Ausgabe vom 11. November 1944 ist ganze 14 Seiten kürzer, von normalen 40 Seiten schrumpfte die Kopie auf dem Film auf 26 zusammen. Meine Fragen an die Bibliothekare wurden nur mit ungläubigem Achselzucken beantwortet.

Die Januar 1933-Ausgaben enthalten keine Angaben über den angeblichen Besuch Dulles' bei Schroeder; auch hier griff jemand vorsätzlich zur Schnittschere. Man schlug dann vor, daß ich die besagten Artikel aus dem Ausland beziehe, bevor ich mich zwecks einer Erklärung und Vergleich an die NYT wende. Weiter erfuhr ich, daß die Mikrofilmkopien in Michigan durch Ann Arbor hergestellt werden, eine der wenigen Zentralstellen, wo möglich direkter Einfluß und Zensur von Washington ausgeübt werden konnte.

Es ist durchaus denkbar, daß in den Jahren nach dem Krieg gewisse Informationen verschwanden, waren (und sind) doch bestimmte Gruppen in den USA an einem ganz bestimmten historischen (Zerr)Bild Deutschlands interessiert." ...<<

14.11.1944

Anti-Hitler-Koalition: Die Alliierten beschließen am 14. November 1944 in London einstimmig das 2. "Zonenprotokoll" (x040/248).

In diesem Abkommen werden auch die zukünftigen Besatzungszonen des Deutschen Reiches abgegrenzt und die Errichtung eines alliierten "Kontrollrates" vereinbart.

Durch dieses Abkommen wird nach dem Kriegsende die gesamte Regierungsgewalt auf die Sieger- bzw. Besatzungsmächte übertragen und das Deutsche Reich praktisch liquidiert.

Der US-Diplomat D. John Hickerson (1898-1989, von 1944-47 stellvertretender Direktor des Amtes für europäische Angelegenheiten im State Department) begründet damals in einer Studie die US-Europapolitik wie folgt (x058/387-388): >>Wir haben eine ziemlich klare Vorstellung von den Zielen der Sowjets in Osteuropa. Wir kennen die Bedingungen ihres Abkommens mit Finnland. Wir wissen, daß die 3 baltischen Staaten der Sowjetunion wieder einverleibt worden sind und daß wir nichts unternehmen können, um dies zu ändern.

Es ist keine Frage, ob wir es gerne sehen; ich persönlich sehe es nicht gern, obgleich ich anerkenne, daß die sowjetische Regierung Argumente auf ihrer Seite hat.

Es ist Tatsache, daß es geschehen ist, und nichts, was zu tun in der Macht der Regierung der Vereinigten Staaten steht, kann es ungeschehen machen.

Wir wissen, daß die Russen auf die Einverleibung eines wesentlichen Teiles von Ostpreußen und eine annähernd mit der Curzon-Linie übereinstimmenden Grenze mit Polen bestehen werden. Die Sowjetunion hat schon Bessarabien seinem Gebiet einverleibt. Die Sowjetunion wird vielleicht auf kleinere Berichtigungen ihrer Grenzen mit Rumänien bestehen.

Ich würde es begrüßen, daß irgendwelche Möglichkeiten zu einer günstigen Übereinkunft zu gelangen, die in Verbindung mit den vorerwähnten Angelegenheiten bestehen, voll ausgenutzt werden, um die Russen zu veranlassen, einer befriedigenden Organisation der Vereinten Nationen zuzustimmen und sich damit einverstanden zu erklären, daß sich der geplante provisorische Sicherheitsrat für Europa mit Polen, Griechenland und anderen Unruheherden befaßt.

Ich würde es begrüßen, wenn wir zustimmen würden, die Einverleibung der 3 baltischen Staaten in die Sowjetunion als Tatsache und unsere Anerkennung dieser Gebiete als sowjetisches Territorium zu akzeptieren. Dies würde zur Folge haben, daß wir die Anerkennung der drei diplomatischen Vertreter dieser Länder in den Vereinigten Staaten zurückziehen.

Ich würde es begrüßen, wenn wir zum geeigneten Zeitpunkt zustimmen würden, die Abtre-

tung des Teiles Ostpreußen an die Sowjetunion, worauf dieses Land besteht, zu akzeptieren. Ebenso würde ich die Zustimmung unsererseits begrüßen, zu einem geeigneten Zeitpunkt die Curzon-Linie als Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion anzuerkennen und eine solche Anerkennung öffentlich bekanntzugeben. Die Anerkennung der Rückgabe Bessarabiens an die Sowjetunion sollte für uns keine Schwierigkeiten darstellen.

Wir müssen die Unterstützung der Sowjetunion zur Vernichtung Deutschlands haben. Wir brauchen die Sowjetunion nötig im Krieg gegen Japan, wenn der Krieg in Europa vorüber ist. Die Wichtigkeit dieser beiden Dinge kann ermessen werden, wenn man bedenkt, wie viele amerikanische Menschenleben davon betroffen werden. Wir sind auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion angewiesen, um den Frieden zu organisieren.

Gewisse Dinge im Zusammenhang mit den vorerwähnten Vorschlägen sind mir persönlich zuwider, aber ich bin bereit, ihre Annahme nahezulegen, um die Mitarbeit der Sowjetunion beim Gewinnen des Krieges und der Organisation des Friedens zu erlangen. Vom sowjetischen Standpunkt aus gesehen gibt es gute Argumente für alle diese Vorschläge.

Ich bin bereit, die Argumente der Sowjets zu unterstützen und zu befürworten, falls dadurch beim Gewinnen des Krieges amerikanische Menschenleben geschont werden und das übrige Europa vor der "Dschungeldiplomatie", die sonst ziemlich sicher folgen wird, gerettet wird.

...<<

16.11.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 16. November 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/235-236): >>Wir werden ein Ende mit Deutschland machen. ... Es ist nicht damit getan, Deutschland zu besiegen. Es muß ausgelöscht werden. ...<<

17.11.1944

Anti-Hitler-Koalition: US-Präsident Roosevelt schreibt am 17. November 1944 an die polnische Exilregierung (x028/33): >>... Wenn Polens Regierung und Volk im Zusammenhang mit der neuen Grenzziehung des polnischen Staates wünschen, Umsiedlungen in das und aus dem polnischen Gebiet vorzunehmen, wird die Regierung der Vereinigten Staaten keine Einwände erheben und, so weit möglich, die Umsiedlung erleichtern.<<

21.11.1944

Jugoslawien: Der Antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens ("AVNOJ") faßt am 21. November 1944 einen Beschluß über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates und die staatliche Verwaltung des Vermögens abwesender Personen (x006/180E-182E): >>Artikel 1 Mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Beschlusses gehen in das Eigentum des Staates über:

1. sämtliches Vermögen des Deutschen Reiches und seiner Staatsbürger, das sich auf dem Territorium von Jugoslawien befindet;
2. sämtliches Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit außer dem derjenigen Deutschen, die in den Reihen der nationalen Befreiungsarmee und der Partisaneneinheiten Jugoslawiens gekämpft haben oder die Staatsangehörige neutraler Staaten sind, die sich während der Okkupation nicht feindlich verhalten haben. ...
3. sämtliches Vermögen der Kriegsverbrecher und ihrer Helfershelfer ohne Rücksicht auf ihre Staatsbürgerschaft und das Vermögen einer jeden Person, die durch Urteil der Zivil- oder Militärgerichte zum Vermögensverlust zugunsten des Staates verurteilt wurde. ...

Artikel 3 Als Eigentum ... sind anzusehen: unbewegliches Gut, bewegliches Gut und Rechte, wie Grundbesitz, Häuser, Möbel, Wälder, Bergwerksrechte, Unternehmungen mit allen Einrichtungen und Vorräten, Wertpapiere, Juwelen, Anteilen, Aktien, ... Zahlungsmittel jeder Art, Forderungen, Beteiligungen, ... Urheberrechte ...

Artikel 7 Mit dem Übergang des Vermögens in das Eigentum des Staates bzw. unter dessen Verwaltung, hört das Verfügungsrecht der bisherigen Eigentümer bzw. Besitzer auf.

Artikel 8 Die Verwaltung des nach diesem Beschluß verstaatlichten oder sequestrierten (beschlagnahmen) Vermögens gehört in die Zuständigkeit des Kommissariats für Handel und Industrie. ...<<

In den befreiten jugoslawischen Gebieten werden die Volksdeutschen aufgrund dieses Beschlusses allmählich in Lagern inhaftiert, um das deutsche Eigentum zu beschlagnahmen (x039/227).

Anti-Hitler-Koalition: Die tschechische Exilregierung legt den Nordamerikanern und Briten am 23. November 1944 erstmalig exakte Vertreibungspläne vor. Etwa 2/3 der "deutschen Minderheit" soll die CSR verlassen. Die "Abschiebung" der deutschen und ungarischen Volksgruppen will man innerhalb von 2 Jahren durchführen.

Die nordamerikanischen und britischen Regierungsvertreter nehmen diese konkreten Pläne ohne jegliche Widersprüche entgegen und bitten nur, keine voreiligen Maßnahmen einzuleiten (x020/64-65).

24.11.1944

Anti-Hitler-Koalition: Mikolajczyk muß am 24. November 1944 zurücktreten, weil er die Curzon-Linie nicht als polnische Ostgrenze akzeptieren will (x106/308).

Thomasz Arciszewski bildet anschließend ein neues polnisches Exilkabinett. Diese polnische Exilregierung verliert später vor allem wegen Ablehnung der strittigen sowjetisch-polnischen Ostgrenze die anglo-amerikanische Unterstützung.

Der britische Premierminister Churchill teilt dem US-Präsidenten Roosevelt am 24. November 1944 schriftlich mit, daß er mit der Verschickung von "2 oder 3 Millionen Nazis" als Zwangsarbeiter einverstanden sei (x025/262).

26.11.1944

NS-Regime: Himmler erteilt am 26. November 1944 den Befehl, die Vergasungen im Vernichtungslager Auschwitz einzustellen und alle Spuren zu beseitigen (x106/38).

Tausende von Überlebenden werden danach in Todesmärschen oder mit Güterzügen in die längst überfüllten westdeutschen Konzentrationslager verlagert.

Todesmarsch in den Westen

Als die deutsch-sowjetische Ostfront bedrohlich näher kam, ließ Himmler (der verantwortliche Organisator der sog. "Endlösung") ab Juli 1944 die ersten osteuropäischen Vernichtungs- und Konzentrationslager auflösen und erteilte den Befehl, die Überlebenden nach Westen zu "schicken".

Die überlebenden Häftlinge wurden danach in wochenlangen Todesmärschen oder Hungertransporten nach Westen in Marsch gesetzt. Hunderttausende von jüdischen Häftlingen schleppten sich mit letzten Kräften aus den geräumten Lagern in Richtung Westen vorwärts, um später unterwegs zu verhungern, zu erfrieren, wegen Marschbehinderung erschossen zu werden oder um schließlich nach ihrer Ankunft in den total überfüllten mittel- und westdeutschen Konzentrationslagern entkräftet zu sterben.

Es waren furchtbare Elendszüge, die von gnadenlosen SS-Wachleuten erbarmungslos vorwärts getrieben wurden. Die halbverhungerten jüdischen Häftlinge wankten in ihren abgerissenen, zebra gestreiften Anzügen nur mühsam weiter.

Oft schlichen die armseligen Gestalten barfuß oder nur mit Lumpen umwickelten Füßen bei eisiger Kälte dahin. Manchmal wurden einige Leiterwagen mitgeführt, auf denen halberfrorene kleine Kinder und alte Menschen saßen oder lagen. Diese Wagen wurden von den kräftigsten Häftlingen gezogen und geschoben. Jüdische Verschleppte, die entkräftet und erschöpft zusammenbrachen, richteten die SS-Wachleute meistens sofort wegen "Marschbehinderung" gnadenlos durch Genickschuß hin.

Die jüdischen Häftlinge litten während der Wintermonate 1944/45 besonders unter Kälte, Durst und Hunger. In den ostdeutschen Dörfern und Städten bettelten die mißhandelten und

ausgemergelten Menschen regelmäßig um Wasser und Brot. Fast jeder Versuch, den Unglücklichen zu helfen, wurde jedoch von den SS-Wachleuten mit brutaler Gewalt unterdrückt.

Manche Frauen und Kinder ließen sich aber nicht einschüchtern. In fast allen Dörfern und Städten versuchte die ostdeutsche Bevölkerung den bettelnden Juden zu helfen und nicht selten gelang es, ihnen unbemerkt Lebensmittel und Wasser zu reichen. KZ-Häftlinge wurden vielerorts auf offener Straße hingerichtet, nur weil sie ein Stück Brot oder etwas Milch entgegennahmen. Die restlos überfüllten Häftlingszüge standen oftmals tagelang in den ostdeutschen Bahnhöfen, weil die Bahnstrecken bombardiert wurden. Nach der Abfahrt blieben regelmäßig zahlreiche erfrorene und verhungerte KZ-Häftlinge an den Bahndämmen liegen.

Während dieser Todesmärsche nach Westen starben Zehntausende von Juden an den unendlichen Strapazen. Die entkräfteten Menschen verhungerten, erfroren, brachen erschöpft zusammen oder wurden kurzerhand von den SS-Wachen umgebracht. Einige große Häftlingstransporte aus dem Baltikum wurden bereits in Ostpreußen von der "Roten Armee" eingeholt. Da die letzten Fluchtwege nach Westen versperrt waren, trieben SS-Männer und osteuropäische KZ-Aufseher die jüdischen Gefangenen kurzerhand in das eiskalte Wasser der Ostsee und erschossen sie. Nur wenige Juden überlebten dieses fürchterliche Massaker und konnten schwerverletzt entkommen (x001/136).

Es gab aber auch jüdische Häftlinge, die damals durch glückliche Umstände in den Befehlsbereich der deutschen Wehrmacht gelangten. Die deutsche Wehrmacht half den jüdischen Häftlingen grundsätzlich wie allen anderen Flüchtlingen und versuchte, sie mit Schiffen in den Westen zu evakuieren

Zahlreiche jüdische Häftlinge, die diese berüchtigten Todesmärsche und Transporte aus Ost-Mitteleuropa glücklich überlebten, wurden im Westen des Deutschen Reiches auf weitere Todesmärsche geschickt" (Auflösung von "gefährdeten" KZ-Außenlagern).